

Niederschrift

Sitzung des Kreistages

Sitzungstermin:	Donnerstag, 01.12.2022
Sitzungsbeginn	17:00 Uhr
Sitzungsende	19:40 Uhr
Ort, Raum:	Kreissporthalle, Burgfeldstraße 41, 23795 Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Claus Peter Dieck Kreispräsident
Frau Cordula Schultz 1. stv. Kreispräsidentin
Herr Dr. Gilbert Sieckmann-Joucken 2 stellv. Kreispräsident
Frau Ute Algier
Herr Kurt Barkowsky 1. stellvertretender Landrat
Herr Arne-Michael Berg
Frau Simone Brocks ab TOP 33
Herr Joachim Brunkhorst
Herr Jörg Buthmann
Herr Sönke Ehlers ab TOP 34
Frau Doris Grote
Frau Angelika Hahn-Fricke
Herr Torsten Kowitz
Herr Marek Krysiak
Herr Uwe Machnitzki
Herr Matthias Malassa
Herr Christian Mann
Frau Constanze Rode
Frau Monika Saggau
Herr Alexander Storjohann an TOP 34
Frau Silke Brandt
Frau Manuela Brendel
Frau Diane Brüggemann
Frau Melanie Klein ab TOP 33
Frau Ulla Lange
Frau Edda Lessing 2. stellvertretende Landrätin
Frau Rita Marcussen
Herr Holger Pohlmann
Herr Dr. Christopher Schmidt

Herr Alexander Wagner	ab TOP 15
Herr Jens Wersig	
Frau Annelie Eick	
Herr Arne Hansen	
Herr Helmut Jokisch	
Herr Dr. Eberhard Krauß	
Herr Rolf-Dieter Pahl	
Frau Sabine Prohn	
Herr Raimund Schulz	ab TOP 12
Herr Wolfram Zetzsche	
Herr Klaus-Peter Schroeder	
Frau Rosemarie Jahn	
Frau Miriam Raad	
Herr Oliver Weber	
Herr Peter Burstedde	
Herr Julian Flak	
Herr Felix Frahm	ab TOP 3
Herr Volker Holdt	
Herr Sven Wendorf	
Frau Maren Berger	ab TOP 17
Herr Norbert Dachsel	
Herr Holger Weihe	
Herr Michael Hamer	
Herr Sven Stückelschweiger	
Herr Rainer Schuchardt	
Herr Thomas Thedens	
Herr Landrat Schröder	
Herr Gerberding FBL Zentrale Steuerung	
Herr Schrenk FBL Umwelt, Planen, Bauen	
Herr Schröder FBL Ordnungswesen, Straßenverkehr, Verbraucherschutz	
Frau Höppner Gleichstellungsbeauftragte	
Frau McGregor FDL Finanzen	
Herr Hartung Finanzen	
Frau Krüger Gremien, Kommunikation, Controlling	

Abwesende:

Herr Sven-Hilmer Brauer	-
Herr René Bülow	-
Herr Lars Giering	-
Frau Annette Glage	-
Herr Sönke Siebke	-
Herr Martin Ahrens	-
Frau Hannelore Huffmeyer	-

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einführung eines neuen Kreistagsmitglieds
- 2 Einwohnerfragestunde I
- 3 Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien
- 4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.09.2022
- 5 Anpassung der Fördersummen für die Strukturförderung an den Volkshochschulen 2022-2026
Vorlage: DrS/2016/204-02
- 6 Erarbeitung einer Kulturentwicklungsplanung (KEP) für den Kreis Segeberg
hier: Haushaltsmittel 2023
Vorlage: DrS/2021/084-03
- 7 Grundsätze für die Förderung von Kunst und Kultur im Kreis Segeberg für die Jahre 2023 und 2024
Vorlage: DrS/2022/208
- 8 Änderung der Satzung von Kindern in Tagespflege nach § 23 und § 24 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) des Kreises Segeberg mit Wirkung zum 01.01.2023
Vorlage: DrS/2022/226
- 9 Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Übertragung von Aufgaben der Jugendhilfe des Kreises Segeberg auf die Große kreisangehörige Stadt Norderstedt; hier: Teilbereich Kindertagesbetreuung
Vorlage: DrS/2022/228
- 10 Neuausrichtung und Weiterentwicklung des Lerncampus ab 2023
Vorlage: DrS/2022/248
- 11 Kreisjugendring Segeberg e.V. (KJR) - Vertrag zur institutionellen Förderung
Antrag des Kreisjugendringes auf Erhöhung des Förderbetrages ab 01.01.2023
Vorlage: DrS/2022/181
- 12 Richtlinien über die Förderung der Jugendarbeit - Änderung der Förderhöhen ab 01.01.2023
Vorlage: DrS/2022/193
- 13 Richtlinien des Kreises Segeberg für die Gewährung einer Entschädigung für Jugendgruppenleiter*innen (Juleica-Inhaber*innen) im Kreis Segeberg - Juleica-Entschädigungsrichtlinien -
Vorlage: DrS/2022/207

- 14 Förderung der Koordination eines Hospiz- und Palliativnetzwerkes durch eine Netzwerkkoordination im Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2022/170
- 15 Zuschussantrag des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Plön-Segeberg GmbH für die Migrationsberatung Schleswig-Holstein (MBSH) in Bad Segeberg für 2023
Vorlage: DrS/2022/174
- 15.1 Ergänzung zur Vorlage: Zuschussantrag des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Plön-Segeberg GmbH für die Migrationsberatung Schleswig-Holstein (MBSH) in Bad Segeberg für 2023
Vorlage: DrS/2022/174-01
- 15.2 Antrag des Diakonischen Werkes Altholstein GmbH vom 06.10.2022 für die Bezuschussung der Migrationsberatung Schleswig-Holstein (MBSH) im Kreis Segeberg an den Standorten Kaltenkirchen und Bad Bramstedt
Vorlage: DrS/2022/174-02
- 15.3 Änderung des Antrages des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Plön-Segeberg GmbH vom 17.06.2022 für die Bezuschussung der Migrationsberatung Schleswig-Holstein (MBSH) im Kreis Segeberg am Standort Bad Segeberg.
Vorlage eines Finanzierungsplanes zur Bezuschussung der Migrationserstberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)
Vorlage: DrS/2022/174-03
- 16 Verstetigung externer Wohnungen des Frauenhauses Norderstedt; Antrag der Diakonie Hamburg-West/Südholstein vom 26.10.2022
Vorlage: DrS/2022/256
- 17 Aufnahme von 950.000 € in die Änderungsliste für den Haushalt 2023 zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes im Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2022/227
- 18 Neubau einer Multifunktionshalle am Berufsbildungszentrum Segeberg - Budgeterhöhung
Vorlage: DrS/2019/102-03
- 19 Erweiterung des Förderzentrums "Schule am Hasenstieg" in Norderstedt
Vorlage: DrS/2019/196-04
- 20 Erweiterung des Förderzentrums "Trave-Schule" in Bad Segeberg
Vorlage: DrS/2019/198-05
- 21 Neubau Haus A der Kreisverwaltung - Entwurfsplanung (HU-Bau)
Vorlage: DrS/2020/208-15
- 22 Erweiterung der Rettungswache Bornhöved
Vorlage: DrS/2020/277-04

- 23 Außensportflächen am BBZ in Bad Segeberg
Vorlage: DrS/2022/198-01
- 24 Neubau Feuerwehrtechnische Zentrale (FTZ)
Vorlage: DrS/2022/203-01
- 25 Satzung des Kreises Segeberg über die Erhebung von Verwaltungs- und Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Feuerwehrtechnischen Zentrale
Vorlage: DrS/2022/219
- 26 Kreisverordnung über Waren des täglichen Bedarfs auf Wochenmärkten im Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2022/231
- 27 Wirtschaftsplan 2023 WKS GmbH
Vorlage: DrS/2022/215
- 28 Verlängerung der Zuwendungsrichtlinie zur Förderung von Investitionen in den Kommunen vom 16.05.2019
Vorlage: DrS/2022/275
- 29 Vorratsbeschluss zur Reaktivierung der Unterkunft für Geflüchtete in der ehemaligen Lungenfachklinik Sülfeld OT Borstel;
Finanzierung der Maßnahme
Vorlage: DrS/2022/278
- 30 Kenntnisnahme und Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2023 des gemeinsamen Kommunalunternehmens Zentrale Stelle Rettungsdienst (ZSR) AöR
Vorlage: DrS/2022/268
- 31 Erweiterung der Gemeinsamen Stiftungsaufsicht beim Kreis Plön
Vorlage: DrS/2022/253
- 32 4. Änderungssatzung BBZ Bad Segeberg AöR und BBZ Norderstedt AöR
Vorlage: DrS/2022/265
- 33 Antrag der CDU Fraktion zur Gründung einer Kreispartnerschaft mit einer ukrainischen Gebietskörperschaft
Vorlage: DrS/2022/282
- 33.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der CDU-Fraktion zur Gründung einer Kreispartnerschaft mit einer ukrainischen Gebietskörperschaft
Vorlage: DrS/2022/282-01
- 33.2 Ergänzungen zum Antrag der CDU Fraktion zur Gründung einer Kreispartnerschaft mit einer ukrainischen Gebietskörperschaft
Vorlage: DrS/2022/282-02

- 34 1. Nachtragshaushaltssatzung des Kreises Segeberg für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: DrS/2022/280
- 35 Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen über eine weitere Vollzeitstelle in der Klimaschutzleitstelle
Vorlage: DrS/2022/259
- 36 Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen: Zwei VZS für den Naturschutz, Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und biologischen Klimaschutz
Vorlage: DrS/2022/260
- 37 Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023 ff.: 2 Vollzeitstellen Radverkehrsplanung
Vorlage: DrS/2022/261
- 38 Finanzwirtschaft des Kreises Segeberg für das Haushaltsjahr 2023
- 38.1 Stellenplan für den Haushalt 2023 inkl. Stellenmehrbedarf 2023
Vorlage: DrS/2022/270
- 38.2 Ergebnis- und Finanzplan
- 38.3 Haushaltssatzung 2023
- 39 Aktuelle Fragezeit
- 40 Einwohnerfragestunde II

(nichtöffentlich)

- 41 WKS Geschäftsführung
Vorlage: DrS/2022/274

(öffentlich)

- 42 Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse

Protokoll:

Der Kreispräsident eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Kreistag ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist. Zur Protokollführerin bestimmt er Frau Tanja Krüger.

Er dankt dem BBZ für die Bereitstellung der Sporthalle und kündigt an, dass die nächste Kreistagssitzung voraussichtlich wieder im Kreistagssitzungssaal stattfinden könne.

Der Kreispräsident verweist auf die in der Anlage zur Sitzung in Allris eingestellten Haushaltsunterlagen sowie die Umbesetzungsliste.

Zur Tagesordnung teilt er mit, dass TOP 15 und 15.1 obsolet seien und über die neuen Anträge unter TOP 15.2 und 15.3 abgestimmt werde. TOP 16 sei im Fachausschuss zurückgezogen worden und könne deshalb abgesetzt werden. TOP 33 ff. werden als geeinter Antrag unter TOP 33.2 abgestimmt. Die Abstimmung der nicht-öffentlichen Vorlage zu TOP 41 erfolgt öffentlich, da keine Aussprache erfolgen soll. Der geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Weiter berichtet der Kreispräsident über folgende Punkte:

- Das Projekt Jugend im Kreistag habe erfolgreich stattgefunden. Die erarbeiteten Anträge werden im 1. Quartal 2023 in den Fachausschüssen beraten.
- Siegfried Prante und das Ehepaar Götze seien mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden
- die Ehrennadel des Landes wurde an Horst Cornelius und Hans Joachim Wild verliehen
- Mit der Freiherr vom Stein Verdienstnadel wurden Udo Bardowicks und Sabine Meyer geehrt

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einführung eines neuen Kreistagsmitglieds

Der Kreispräsident verpflichtet Herrn Helmut Jokisch als neues Kreistagsmitglied und führt ihn in sein Amt ein.

zu 2 Einwohnerfragestunde I

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

zu 3 Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Umbesetzungen der Fraktion Bündnis90/Die Grünen:

Ausschuss	Nachfolger	Vorgänger	Status
HA	Sabine Prohn	Caerstin Hunger	Stellv. Mitglied
BKS	Sabine Prohn	Evelyn Kraus	Stellv. Mitglied

JHA	Meike Lüdemann	Caerstin Hunger	Stellv. Mitglied
SozA	Dr. Christine Künzel	Caerstin Hunger	Mitglied
SozA	Helmut Jokisch	Dr. Christine Künzel	Stellv. Mitglied
SozA als Widerspruchsa.	Annelie Eick	Caerstin Hunger	Mitglied
Kuratorium Beratungsw. West	Kurt Göttisch	Caerstin Hunger	Stellv. Mitglied
Regionale Pflegekonferenz	Wolfram Zetzsche	Caerstin Hunger	Mitglied
Vollsitzung Hamburg Rand	Arne Hansen	Prof. Ulrike Täck	Stellv. Mitglied

Umbesetzungen der CDU-Fraktion:

Ausschuss	Nachfolger	Vorgänger	Status
UNK	Till Wenzel	Kevin Ruhbaum	Mitglied
Allris Experten- gruppe	Sven Brauer	Kevin Ruhbaum	Stellv. Mitglied

Nachrichtliche Information:

Die Kreiselternervertretung hat neue Vertreter für den JHA gewählt. Für Frau Appel nimmt ab sofort Herr Tim Krug als beratendes Mitglied aus der Kreiselternervertretung am JHA teil. Sein Stellvertreter ist Herr Peter Gaal.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	10			10
B 90/ Die Grünen	8			8
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	2			2
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	48			48

zu 4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.09.2022

Da es keine Wortmeldungen gibt, gilt die Niederschrift als genehmigt.

zu 5 Anpassung der Fördersummen für die Strukturförderung an den Volkshochschulen 2022-2026
Vorlage: DrS/2016/204-02

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Die Gesamtsumme für die Strukturförderung der Volkshochschulen wird rückwirkend ab 01.01.2022 von derzeit 80.130,00 EUR auf 88.340,00 EUR angehoben. Die Steigerung i.H.v. 8.210,00 EUR für das laufende Jahr 2022 steht durch Minderausgaben in anderen Bereichen zur Verfügung und ist bei der Haushaltsplanung für die Jahre 2023-2026 entsprechend zu berücksichtigen. Die Verwaltung wird beauftragt die bestehenden Verträge hinsichtlich der Erhöhung der Strukturfördersummen demgemäß anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	10			10
B 90/ Die Grünen	8			8
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	2			2
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	48			48

zu 6 Erarbeitung einer Kulturentwicklungsplanung (KEP) für den Kreis Segeberg
hier: Haushaltsmittel 2023
Vorlage: DrS/2021/084-03

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Für den Prozess der Kulturentwicklungsplanung in den Jahren 2023 und 2024 werden Mittel in Höhe von 50.000 EUR zur Verfügung gestellt, davon 30.000 EUR im Haushaltsjahr 2023.

Die Beschlussfassung erfolgt unter Finanzierungsvorbehalt bis zum endgültigen Haushaltsbeschluss des Kreistages für das Haushaltsjahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	10			10
B 90/ Die Grünen	8			8
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	2			2
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	48			48

zu 7 Grundsätze für die Förderung von Kunst und Kultur im Kreis Segeberg für die Jahre 2023 und 2024 Vorlage: DrS/2022/208

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Die Grundsätze des Kreises Segeberg zur Förderung von Kunst und Kultur werden in der Fassung des vorliegenden Entwurfs (Anlage 5) mit folgender Änderung beschlossen und ersetzen die seit dem 01.01.2018 geltenden Grundsätze mit den Sonderregelungen für die Jahre 2021 und 2022 aufgrund der Corona-Pandemie.

Ziffer 2 (Antragsberechtigte) 3. Absatz wird wie folgt geändert:

Davon abweichend können auch investive Vorhaben förderfähig sein, die in Trägerschaft von gemeinnützigen juristischen Personen (im Sinne des § 52 der AO des Landes Schleswig-Holstein) durchgeführt werden und denen Mittel im Rahmen des Denkmalschutzsonderprogrammes des BKM für ~~die aus Bundes- und/oder Landesförderprogrammen~~ Mittel i.H.v. mindestens 50 v.H. der ~~anererkennungsfähigen Kosten~~ bewilligt wurden.

Anträge auf Kulturförderung sind ab dem 01.01.2023 von der Verwaltung nach diesen Grundsätzen i.V.m. den Richtlinien für die finanzielle Förderung von Maßnahmen durch den Kreis Segeberg zu prüfen und Bescheiden.

Dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport ist jeweils zweimal jährlich ein Bericht über die geförderten Projekte vorzulegen.

Die Beschlussfassung erfolgt unter Finanzierungsvorbehalt bis zum endgültigen Haushaltsbeschluss des Kreistages für das Haushaltsjahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	10			10
B 90/ Die Grünen	8			8
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	2			2
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	48			48

**zu 8 Änderung der Satzung von Kindern in Tagespflege nach § 23 und § 24 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) des Kreises Segeberg mit Wirkung zum 01.01.2023
Vorlage: DrS/2022/226**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Änderung der Satzung von Kindern in Tagespflege nach § 23 und § 24 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) des Kreises Segeberg mit Wirkung zum 01.01.2023.

Die Beschlussfassung erfolgt unter Finanzierungsvorbehalt bis zum endgültigen Haushaltsbeschluss des Kreistages für das Haushaltsjahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	10			10
B 90/ Die Grünen	8			8
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	2			2
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	48			48

zu 9 Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Übertragung von Aufgaben der Jugendhilfe des Kreises Segeberg auf die Große kreisangehö-

**rige Stadt Norderstedt; hier: Teilbereich Kindertagesbetreuung
Vorlage: DrS/2022/228**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Landrat wird beauftragt, den 3. Änderungsvertrag zum öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Übertragung von Aufgaben des Kreises Segeberg an die Große kreisangehörige Stadt Norderstedt vom 26.11.2013/05.12.2013 in der Fassung der Anlage zu DrS/2022/228 abzuschließen.

Die erforderlichen Mittel im Umfang von 3.298.600 € werden im Nachtragshaushalt veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	10			10
B 90/ Die Grünen	8			8
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	2			2
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	48			48

**zu 10 Neuausrichtung und Weiterentwicklung des Lerncampus ab 2023
Vorlage: DrS/2022/248**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Weiterentwicklung und Fortsetzung von unterstützenden Angeboten für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche im Kreis Segeberg, in Rahmen des Lerncampus, zu. Die Angebote des Lerncampus werden kreisweit durchgeführt. Der Kreis fördert die Lerncampus-Angebote mit 75.000 € pro Jahr, so dass diese möglichst kostenfrei für die teilnehmenden Kinder und Jugendlichen durchgeführt werden können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	10			10
B 90/ Die Grünen	8			8
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	2			2
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	48			48

zu 11 Kreisjugendring Segeberg e.V. (KJR) - Vertrag zur institutionellen Förderung
Antrag des Kreisjugendringes auf Erhöhung des Förderbetrages ab 01.01.2023
Vorlage: DrS/2022/181

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Die institutionelle Förderung des Kreisjugendringes Segeberg e.V. (KJR) wird ab 01.01.2023 auf 62.000 EUR festgelegt. § 4 Ziff. 4 des Vertrages vom 26.06.2019 wird mit dieser Beschlussfassung geändert (siehe auch § 8 Ziff. 5).

Die Erhöhung um 16.000 EUR ist bei der Haushaltsplanung 2023 und für die Folgejahre zu berücksichtigen.

Die Beschlussfassung erfolgt unter Finanzierungsvorbehalt bis zum endgültigen Haushaltsbeschluss des Kreistages für das Haushaltsjahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	10			10
B 90/ Die Grünen	8			8
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	2			2
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	48			48

zu 12 Richtlinien über die Förderung der Jugendarbeit - Änderung der Förderhöhen ab 01.01.2023
Vorlage: DrS/2022/193

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Die Richtlinien des Kreises Segeberg zur Förderung der Jugendarbeit (Jugendförder-richtlinien) werden in der Fassung des vorliegenden Entwurfs (Anlage 4) beschlos- sen und ersetzen die seit dem 01.01.2015 geltenden Richtlinien ab 01.01.2023.

Die Beschlussfassung erfolgt unter Finanzierungsvorbehalt bis zum endgültigen Haushaltsbeschluss des Kreistages für das Haushaltsjahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	10			10
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	2			2
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	49			49

zu 13 Richtlinien des Kreises Segeberg für die Gewährung einer Ent- schädigung für Jugendgruppenleiter*innen (Juleica-Inhaber*in- nen) im Kreis Segeberg - Juleica-Entschädigungsrichtlinien - Vorlage: DrS/2022/207

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Änderung von Ziff. 5, Satz 1, der Richtlinien für die Ge- währung einer Entschädigung für Jugendleiter*innen (Juleica-Inhaber*innen) im Kreis Segeberg ab 01.01.2023. Der jährliche Entschädigungsbetrag wird festgesetzt auf 220 EUR. Die Verwaltung wird beauftragt, die Richtlinien mit dieser Änderung neu auszufertigen.

Die Beschlussfassung erfolgt unter Finanzierungsvorbehalt bis zum endgültigen Haushaltsbeschluss des Kreistages für das Haushaltsjahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15

SPD	10			10
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	2			2
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	49			49

**zu 14 Förderung der Koordination eines Hospiz- und Palliativnetzwerkes durch eine Netzwerkkoordination im Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2022/170**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die laufende Förderung der Koordination eines Hospiz- und Palliativnetzwerkes durch eine Netzwerkkoordination im Kreis Segeberg entsprechend § 39d SGBV ab 2023. Die Förderungshöhe beträgt maximal 15.000,00 € und steht unter dem Vorbehalt, dass sich die Krankenkassen in gleicher Höhe beteiligen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Schritte entsprechend der GKV-Förderrichtlinie einzuleiten.

Da es sich um neue freiwillige Leistungen des Kreises handelt, erfolgt die Beschlussfassung unter Finanzierungsvorbehalt bis zum endgültigen Haushaltsbeschluss des Kreistages für das Haushaltsjahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	10			10
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	2			2
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	49			49

zu 15.2 Antrag des Diakonischen Werkes Altholstein GmbH vom 06.10.2022 für die Bezuschussung der Migrationsberatung Schleswig-Holstein (MBSH) im Kreis Segeberg an den Standorten Kaltenkirchen und Bad Bramstedt

Vorlage: DrS/2022/174-02

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Die Migrationsberatung Schleswig-Holstein (MBSH) des Diakonischen Werkes Altholstein GmbH an den Standorten Kaltenkirchen und Bad Bramstedt wird im Jahr 2023 mit einem Zuschuss in Höhe von bis zu 10% förderfähigen Kosten, maximal 16.000 € gefördert.

Die Migrationsberatung Schleswig-Holstein (MBSH) des Diakonischen Werks Altholstein GmbH an den Standorten Kaltenkirchen und Bad Bramstedt wird auch im Jahr 2024 gefördert. Dies soll vorbehaltlich der Förderung des Landes mit bis zu 10 % der förderfähigen Kosten geschehen.

Da es sich um neue freiwillige Leistungen des Kreises handelt, erfolgt die Beschlussfassung unter Finanzierungsvorbehalt bis zum endgültigen Haushaltsbeschluss des Kreistages für das Haushaltsjahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD		5		5
Die LINKE	2			2
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	45	5		50

zu 15.3 Änderung des Antrages des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Plön-Segeberg GmbH vom 17.06.2022 für die Bezuschussung der Migrationsberatung Schleswig-Holstein (MBSH) im Kreis Segeberg am Standort Bad Segeberg.

Vorlage eines Finanzierungsplanes zur Bezuschussung der Migrationserstberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)

Vorlage: DrS/2022/174-03

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, dass

a) die Migrationsberatung Schleswig-Holstein (MBSH) des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Plön-Segeberg GmbH im Jahr 2023 mit einem Zuschuss in Höhe von bis zu 10% förderfähigen Kosten, maximal 15.000 € gefördert wird.

b) der Kreis Segeberg bereit ist, auch die Migrationserstberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Plön-Segeberg GmbH im Jahr 2023 mit bis zu 10% der förderfähigen Kosten, maximal 9.000,00€ zu unterstützen.

Über die Verwendung der Mittel ist ein Verwendungsnachweis vorzulegen.

Die Migrationsberatung Schleswig-Holstein (MBSH) des Diakonischen Werks des Kirchenkreises Plön-Segeberg GmbH wird auch im Jahr 2024 gefördert. Dies soll vorbehaltlich der Förderung des Landes mit bis zu 10 % der förderfähigen Kosten geschehen.

Da es sich um neue freiwillige Leistungen des Kreises handelt, erfolgt die Beschlussfassung unter Finanzierungsvorbehalt bis zum endgültigen Haushaltsabschluss des Kreistages für das Haushaltsjahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	14			14
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD		5		5
Die LINKE	2			2
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	44	5		49

(1 Kreistagsmitglied ist nicht im Raum)

zu 17 Aufnahme von 950.000 € in die Änderungsliste für den Haushalt 2023 zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes im Kreis Segeberg Vorlage: DrS/2022/227

Der Landrat stellt dar, dass die Kriegssituation in der Ukraine verdeutliche, dass in den letzten Jahren zu wenig im Bereich Bevölkerungsschutz getan worden sei. Die Lenkungsgruppe habe finanzielle Unterstützungen vorgeschlagen. Es gehe um die Verstärkung und verbesserte Betreuung im Krisenfall. Es solle unter anderem die Beschaffung von Führungsfahrzeugen und die Optimierung der vorhandenen Logistik sowie eine verbesserte Ausbildung unterstützt werden. Die Erfahrungen aus dem Ahrtal hätten gezeigt, dass Fahrzeuge möglichst geländegängig und vielseitig einsetzbar sein müssten. Weiter solle die Messtechnik des ABC-Zugs in Bezug auf die Gefahrgutfeststellung verbessert werden. Für den Fall, dass es zu flächendeckenden Stromausfällen kommen werde, sollen Satellitentelefone beschafft werden, um die Kommunikation aufrecht erhalten zu können. Für diese Beschaffung habe der

Hauptausschuss weitere 80.000 € zur Vergütung gestellt, so dass es im Beschluss um eine Gesamtsumme von 1,03 Mio. € gehe.

Herr Flak erkundigt sich, ob und wie lange der vorhandene Digitalfunk funktionieren würde. Der Landrat erklärt, dass der Digitalfunk voraussichtlich länger funktionieren werde, wie der Mobilfunk. Da die Satellitentelefone nicht von die Sendemasten abhängig seien, könnte hierüber zuverlässig kommuniziert werden. Herr Schröder ergänzt, dass der Digitalfunk ausschließlich von den Einsatzkräften genutzt werde.

Beschluss:

In die Änderungsliste für den Haushalt 2023 werden 1.030.000 € für Beschaffungen im Bereich des Bevölkerungsschutzes aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	51			51

**zu 18 Neubau einer Multifunktionshalle am Berufsbildungszentrum Segeberg - Budgeterhöhung
Vorlage: DrS/2019/102-03**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der zusätzlichen investiven Mittel in Höhe von 450.000 EUR als Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2023.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	51			51

**zu 19 Erweiterung des Förderzentrums "Schule am Hasenstieg" in Nor-
derstedt
Vorlage: DrS/2019/196-04**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der zusätzlichen investiven Mittel in Höhe von 1.714.000 EUR. Der FD 11.60 wird beauftragt, die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	51			51

**zu 20 Erweiterung des Förderzentrums "Trave-Schule" in Bad Segeberg
Vorlage: DrS/2019/198-05**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Baudurchführung der Maßnahme (Stufe 3). Der Fachdienst 11.60 wird beauftragt, die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	5			3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	51			51

**zu 21 Neubau Haus A der Kreisverwaltung - Entwurfsplanung (HU-Bau)
Vorlage: DrS/2020/208-15**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der zusätzlichen investiven Mittel in Höhe von 13.105.000 EUR, verteilt auf die Haushaltsjahre 2023-2028, sowie Mittel in Höhe von 1.356.000 EUR als Aufwand für die Haushaltsjahre 2023-2024.

Der Fachdienst 11.60 wird beauftragt die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen. Auf den Vorbehalt zur Freigabe der LP 8-9 und Beauftragung der Bauleistungen (Beschlussfassung Stufe 3) wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE			3	3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	48		3	51

zu 22 Erweiterung der Rettungswache Bornhöved
Vorlage: DrS/2020/277-04

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der zusätzlichen investiven Mittel in Höhe von 340.000 EUR. Der FD 11.60 wird beauftragt, die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	51			51

zu 23 Außensportflächen am BBZ in Bad Segeberg
Vorlage: DrS/2022/198-01

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag bestätigt den Bedarf für den Neubau von Außensportflächen und beschließt die Bereitstellung der investiven Mittel in Höhe von 200.000 EUR. Der FD 11.60 wird beauftragt die Maßnahme wie beschrieben umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	51			51

**zu 24 Neubau Feuerwehrtechnische Zentrale (FTZ)
Vorlage: DrS/2022/203-01**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag bestätigt den Bedarf für den Neubau der Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ) auf Basis der Planungsstudie.

Die Veranschlagung von Haushaltsmitteln erfolgt erst nach Vorlage der gem. § 12 Gemeindehaushaltsverordnung Doppik erforderlichen Unterlagen. Um diese vollständig erstellen zu können, wird der FD 11.60 beauftragt, die Abstimmung des Übungskonzeptes im Außenbereich herbeizuführen und nach Bemessung der konkret erforderlichen Grundstücksgröße die Grundstückssuche durchzuführen. Der Grundstückskauf und die kompletten Planungsunterlagen im Sinne der GemHVO Doppik werden im nächsten Schritt zur Beschlussfassung vorgelegt.

Für die Planungsleistungen im FD 11.60 werden über die Änderungsliste 50.000 EUR im Haushalt 2023 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	51			51

**zu 25 Satzung des Kreises Segeberg über die Erhebung von Verwaltungs- und Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Feuerwehrtechnischen Zentrale
Vorlage: DrS/2022/219**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die in der Anlage 2 beigefügte Satzung des Kreises Segeberg über die Erhebung von Verwaltungs- und Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Feuerwehrtechnischen Zentrale.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	51			51

zu 26 Kreisverordnung über Waren des täglichen Bedarfs auf Wochenmärkten im Kreis Segeberg Vorlage: DrS/2022/231

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der anliegenden Kreisverordnung über Waren des täglichen Bedarfs auf Wochenmärkten im Kreis Segeberg wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	51			51

zu 27 Wirtschaftsplan 2023 WKS GmbH Vorlage: DrS/2022/215

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der WKS GmbH wird gem. Empfehlung des Aufsichtsrates vom 24.10.2022 für das

Wirtschaftsjahr 2023 eine Verlust-Ausgleichszahlung in Höhe von maximal 1.000.000,- € gewährt.

Der Gesellschaftervertreter, Herr Landrat Schröder, wird mit der Zustimmung zu einem entsprechenden Gesellschafterbeschluss der WKS beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE		3		3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	48	3		51

**zu 28 Verlängerung der Zuwendungsrichtlinie zur Förderung von Investitionen in den Kommunen vom 16.05.2019
Vorlage: DrS/2022/275**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Verlängerung des Investitionsförderprogramms bis Ende 2028 unter Beibehaltung des Gesamtvolumens von maximal 10 Mio. €. Die Förderung von privaten Hilfsorganisationen im Bevölkerungsschutz wird zugelassen gemäß Richtlinienentwurf.

Der 3. Absatz zu Ziffer 5 der Richtlinie wird wie folgt geändert:
Maßnahmen mit Gesamtkosten unter 10.000 € werden nicht gefördert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	51			51

**zu 29 Vorratsbeschluss zur Reaktivierung der Unterkunft für Geflüchtete in der ehemaligen Lungenfachklinik Sülfeld OT Borstel;
Finanzierung der Maßnahme
Vorlage: DrS/2022/278**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Aufnahme von 2.600.000 € als Aufwand und 1.602.000 € als Ertrag über die Änderungsliste in den Haushalt 2023. Die Mittel sind für die Planung und Durchführung der Reaktivierung der Unterkunft in Borstel sowie die entsprechenden Einnahmen aus den Gebühren vorgesehen.

Im Rahmen der durchzuführenden Vergabe wird die Verwaltung ermächtigt, entsprechend der Wertgrenzen der Hauptsatzung alle genannten Verträge abzuschließen. Auf Grund der absoluten Dringlichkeit ist ein Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb (freihändige Vergabe) möglich.

Die Verwaltung wird gebeten, mit dem Land Schleswig-Holstein in Verhandlungen zu treten mit dem Ziel, dass vom Land die Mittel für die Reaktivierung und den Betrieb der Einrichtung übernommen werden. Sollte keine Einigung mit dem Land erzielt werden, belasten die Aufwendungen den Kreishaushalt und werden über die allgemeinen Finanzierungsmittel, also auch aus der Kreisumlage, finanziert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	51			51

**zu 30 Kenntnisnahme und Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2023 des gemeinsamen Kommunalunternehmens Zentrale Stelle Rettungsdienst (ZSR) AöR
Vorlage: DrS/2022/268**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag nimmt den Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 des gemeinsamen Kommunalunternehmens Zentrale Stelle Rettungsdienst Anstalt öffentlichen Rechts (ZSR AöR) zur Kenntnis und stimmt diesem zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	51			51

zu 31 Erweiterung der Gemeinsamen Stiftungsaufsicht beim Kreis Plön Vorlage: DrS/2022/253

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt dem Beitritt des Kreises Herzogtum Lauenburg und des Kreises Stormarn zur Gemeinsamen Stiftungsaufsicht beim Kreis Plön zum 01.07.2023 und der neuen Kooperationsvereinbarung gem. § 18 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GkZ) zu. Der Landrat wird zu redaktionellen Anpassungen der Kooperationsvereinbarung ermächtigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	51			51

zu 32 4. Änderungssatzung BBZ Bad Segeberg AöR und BBZ Norderstedt AöR Vorlage: DrS/2022/265

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

1. Die 4. Änderungssatzung zur Satzung des Regionalen Berufsbildungszentrums Bad Segeberg des Kreises Segeberg AöR vom 11.07.2011 wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

2. Die 4. Änderungssatzung zur Satzung des Regionalen Berufsbildungszentrums Norderstedt des Kreises Segeberg AöR vom 11.07.2011 wird in der als Anlage 2 beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	15			15
SPD	11			11
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	51			51

zu 33.2 Ergänzungen zum Antrag der CDU Fraktion zur Gründung einer Kreispartnerschaft mit einer ukrainischen Gebietskörperschaft Vorlage: DrS/2022/282-02

Herr Mann erläutert den Antrag und stellt dar, dass der Krieg in der Ukraine den Menschen sehr viel Leid bringe. Der Bund habe zu Partnerschaften aufgerufen. Es gehe im ersten Schritt um Hilfeleistungen und Aufbauarbeit, später solle Versöhnung vermittelt werden. Der Antrag sei von der CDU-Fraktion gestellt worden, allerdings seien sich alle Kreistagsfraktionen darüber einig, ein Zeichen an die Ukraine senden zu wollen.

Herr Sieckmann-Joucken freue sich über den Antrag, denn die Menschen im Kriegsgebiet würden auf Kontakte warten. Die Partnerschaft dürfe jedoch nicht Fall auf reinem Verwaltungshandeln basieren, sondern müsse unbedingt Vereine, Verbände und Institutionen einbeziehen. Herr Schuchardt erklärt ebenfalls Zustimmung zum Antrag, bedauert es aber sehr, dass kein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen formuliert worden sei. Solidarität und Hilfe stünden zunächst im Vordergrund, analog der Rosinenbomber in Berlin während des Kalten Krieges. Herr Schroeder schließt sich dem an und weist darauf hin, dass die Sache selbst im Vordergrund stehen müsse. Der Hauptausschuss habe sich einstimmig zu einer Partnerschaft in der Ukraine positioniert.

Herr Wendorf führt aus, dass eine Partnerschaft grundsätzlich sehr zu begrüßen

und zu fördern sei. Spätere Schüleraustausche seien beispielsweise später sehr wertvoll. Angesichts der Kriegssituation gibt er einige Punkte zu bedenken. Städte und Kreise, die Hilfslieferungen derzeit am nötigsten hätten, hätten keine Kapazitäten, sich über eine Partnerschaft Gedanken zu machen. Dort werde ums Überleben gekämpft. Hilfslieferungen würden seit Monaten von Hilfsorganisationen in die Gebiete geliefert. Weiter sei zu überlegen, wie mit einer Partnerschaft ggf. verfahren werden solle, wenn das Gebiet im Kriegsverlauf in den russischen Einflussbereich gerate. Die Partnerschaft sollte außerdem nicht als Solidaritätspartnerschaft betitelt werden, da dies eine vorübergehende Situation vermittele. Es solle jedoch eine langjährige enge Partnerschaft aufgebaut werden, wie dies bei den bestehenden Partnerschaften ebenfalls der Fall sei.

Frau Lessing verdeutlicht, dass es sich um einen Beschlussvorschlag handele, den die Hauptausschussmitglieder fraktionsübergreifend erarbeitet hätten.

Beschluss:

Der Kreistag spricht sich für die Gründung einer Kreispartnerschaft mit einer ukrainischen Gebietskörperschaft aus. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Informationen einzuholen und dem Kreistag zu berichten.

In diesem Zusammenhang soll die Verwaltung Kontakt mit der „SKEW“ („Service-stelle Kommunen in der Einen Welt“) aufnehmen, um insbesondere die Rahmenbedingungen einer „Solidaritätspartnerschaft“ zu eruieren. Die Verwaltung berichtet im 1. Quartal 2023 über den aktuellen Stand der Gespräche.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	16			16
SPD	12			12
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	53			53

zu 34 1. Nachtragshaushaltssatzung des Kreises Segeberg für das Haushaltsjahr 2022 Vorlage: DrS/2022/280

Herr Weihe weist darauf hin, dass ein Nachtragshaushalt noch am Jahresende verabschiedet werden müsse, weil vorher die Kreisumlage sehr deutlich gesenkt worden sei und die Mittel für 2022 damit nicht mehr auskömmlich gewesen seien.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung des Kreises Segeberg für das Haushaltsjahr 2022 in der beigefügten Fassung (**Anlage 1**).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	18			18
SPD	12			12
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD	5			5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	55			55

zu 35 Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen über eine weitere Vollzeitstelle in der Klimaschutzleitstelle Vorlage: DrS/2022/259

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Aufnahme einer weiteren Vollzeitstelle in der Klimaschutzleitstelle (Klimaschutzmanager*in) in den Stellenplan 2023.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		18		18
SPD		12		12
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP		4		4
AfD		5		5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler		2		2
WI-SE	2			2
Gesamt	14	41		55

zu 36 Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen: Zwei VZS für den Naturschutz, Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und biologischen Klimaschutz
Vorlage: DrS/2022/260

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Aufnahme von 1,0 Vollzeitstelle in den Fachdienst 67.00.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	18			18
SPD	12			12
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD		5		5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	50	5		55

zu 37 Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023 ff.: 2 Vollzeitstellen Radverkehrsplanung
Vorlage: DrS/2022/261

Herr Weber erklärt, dass der Antrag nicht zielführend sei und das bestehende Radverkehrskonzept für eine Förderung des Radverkehrs ausreiche. Wenn die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem A 20 Bau zustimmen würden, könnte der Radverkehr sich in Bad Segeberg deutlich mehr entfalten. Herr Hansen entgegnet, dass die A 20 abgelehnt werde, weil dies das klimaschädlichste Projekt des Bundes sei. Vom Bau wären allein 4 Moorflächen betroffen. Zudem sei es mit 7 Milliarden Euro sehr teuer. Die B 206 würde nur um rund 50 % entlastet, was bedeute, dass immer noch 15.000 Fahrzeuge durch die Stadt fahren. Außerdem würden rund 30.000 Fahrzeuge dicht am Stadtgebiet vorbei auf der A 20 fahren. Herr Schroeder gibt zu bedenken, dass der Verkehr im Stadtgebiet gar nicht entlastet würde, wenn die A 20 nicht weitergebaut wird. Zudem sei es fraglich, ob eine Besetzung der Stellen gelingen werde.

Herr Hansen spricht sich für eine Tunnellösung durch das Stadtgebiet aus. Diese Trasse würde keine neuen Eingriffe in die Natur notwendig machen. Die Besetzung der beantragten Stellen sei tatsächlich problematisch, denn Planer seien kaum zu bekommen. Dennoch sei es wichtig, dass der Kreis Koordinatoren vorhalte. Herr Flak entgegnet, dass der Bau eines Tunnels durch Bad Segeberg der Todesstoß für das Bauprojekt wäre, da diese Kosten nicht zu stemmen seien.

Herr Hamer beantragt, die Rednerliste zu schließen, da die Diskussion nichts mit dem Antrag der Fraktion zu tun habe. Dem wird mit zwei Enthaltungen zugestimmt.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Aufnahme von zwei Stellen (2,0 Vollzeitstellen) Radverkehrsplaner*innen in den Stellenplan 2023.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		18		18
SPD		12		12
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP		4		4
AfD		5		5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler		2		2
WI-SE		2		2
Gesamt	12	43		55

zu 38 Finanzwirtschaft des Kreises Segeberg für das Haushaltsjahr 2023

Der Landrat führt aus, dass das Jahr 2022 nach 2021 ein weiteres besonderes Jahr gewesen sei. Die Coronakrise gehe dem Ende zu, dafür habe der Krieg in der Ukraine viele neue Herausforderungen und Folgen mit sich gebracht. Es gebe u. a. unterbrochene Lieferketten, eine hohe Inflation und die Energiekrise. Weiter gebe es viele interne Themen wie den Neubau Haus A oder die künftige IT-Gestaltung. Er dankt in diesem Zusammenhang allen Mitarbeiter*innen der Kreisverwaltung für den Einsatz und das Engagement. Außerdem dankt er der Politik für die Unterstützung und die konstruktive Zusammenarbeit. Ohne dies wäre der Kreis bei weitem nicht dort, wo er jetzt stehe.

Der vorliegende Haushaltsentwurf berge noch einige Unsicherheiten wie z. B. die Höhe des Tarifabschlusses, die Kostenentwicklung im Baubereich oder die Auswirkungen des Wohngeldgesetzes bei der Sozialstaffel und die steigenden Energiepreise bei den Kosten der Unterkunft. Das Haushaltsvolumen liege erstmalig über 500 Mio. €. Der Überschuss betrage derzeit 5,1 Mio. €. Wenn der Stellenplan wie vorgelegt beschlossen würde, käme der Kreis im nächsten Jahr auf 840 Stellen. Im Bereich der Sozialhilfe seien 192 Mio. € veranschlagt, was rund 38 % des Gesamthaushaltes ausmache. Die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe seien dies 158 Mio. €, was 31 % darstelle. Diese beiden Posten zusammen würden fast 70 % des Haushaltsvolumens ausmachen. Die Nettoneuverschuldung belaufe sich auf knapp 34 Mio. €, so dass die Gesamtverschuldung bei fast 100 Mio. € liegen werde. Es handle sich um einen soliden Haushalt, der eine gute Arbeit möglich mache. Insgesamt

samt müsse Verwaltung effektiver und schneller werden und daran müsse auf allen Ebenen in Deutschland gearbeitet werden. Dass dies möglich sei, habe die Schaffung der LNG-Terminals oder die Herrichtung der Unterkunft in Borstel gezeigt. Durch weniger Bürokratie sei schnelleres Handeln möglich.

Herr Kowitz teilt rückblickend mit, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona Pandemie immer noch allgegenwärtig seien. Er dankt den Fraktionen für die Zustimmung zum Antrag zur Unterstützung der Tafeln. In den letzten Jahren sei maßvoll mit den Steuergeldern umgegangen worden. Dennoch habe der Kreis seine Ausgleichsfunktion wahrgenommen und dort, wo es gesetzliche Lücken gegeben habe, über freiwillige Leistungen soziales Gleichgewicht hergestellt. So seien neben den Tafeln auch die Kunstschaaffenden und die Landgasthöfe finanziell unterstützt worden. Durch die gute Vernetzung seiner Fraktion in die Städte und Gemeinden sei es geschafft worden, auf die Bedarfe zu reagieren. Der Bund habe die Mittel für den Katastrophenschutz gekürzt. Es sei erfreulich, dass der Kreis den Bevölkerungsschutz weiter ausbaue. Das Haushaltsvolumen sei in den vergangenen fünf Jahren um fast 50 % angestiegen, was unter anderem am Anstieg der Personalkosten um 90 % liege. Dies bemängelt er ausdrücklich. Aufgrund der guten Wirtschaftslage konnte die Kreisumlage gesenkt werden, was für die Haushaltslage in den Kommunen sehr wichtig sei. Die Änderungswünsche zum Stellenplan seien leider abgelehnt worden, was vor den anstehenden Tarifverhandlungen bedauerlich sei. Dem Haushalt werde die CDU-Fraktion zustimmen.

Frau Lessing dankt den Mitarbeiter*innen für die Durchführung der Haushaltsvorberatungen. Dies erleichtere die Beratungen in den Fraktionen erheblich und verkürzt zudem die Dauer der Fachausschüsse. Im Sommer hätte sie es noch nicht für möglich gehalten, dass alle freiwilligen Leistungen beschlossen werden können. Der Haushalt weise einen starken Anstieg an Investitionen aus. Die Stellenbedarfe seien nachvollziehbar und überzeugend begründet worden. Immer mehr und komplexere Aufgaben, laufende Veränderungen sowie außergewöhnliche Zeiten würden entsprechendes Personal verlangen. Der Krisenpool sei ein sinnvolles Instrument, um schnell in Notsituationen reagieren zu können. Anderenfalls würde Personal nur verschoben und die eigentliche Arbeit könne nicht erledigt werden. Dies würde zu Lasten des Personals aber auch der Bürger*innen erfolgen und sei nicht gewollt. Das Investitionsprogramm sei verlängert worden, wodurch die Kommunen deutliche Entlastungen erfahren würden. Statt einer hohen Kreisumlagensenkung werden gezielte Projekte gefördert. Dem Haushalt werde zugestimmt.

Herr Hansen erklärt, dass dies der Haushalt der Krisen sei. Corona sei noch nicht vorbei und die Folgen des Ukrainekriegs seien für Jedermann spürbar. Der Kreis baue angemessen Resilienz auf und sei auf die Herausforderungen vorbereitet. Es werde massiv in Bildung investiert, was sehr gut sei. Es habe selten so viel Konsens für die Haushaltsdaten gegeben. Durch die Krisen sei ein Zusammenrücken nötig und es müssten gute räumliche Voraussetzungen geschaffen werden. Die Aufgabenfülle wachse stetig und damit die Zahl des benötigten Personals. Neben der Energiekrise und der Pandemie gebe es aber noch die Klima- und Biodiversitätskrise. Diese beiden Krisen seien aufgrund der aktuellen Lage leider in den Hintergrund

gerückt. Projekte wie die ÖPNV-Finanzierung, neue Buslinien oder neue Radverkehrsplanungen seien bereits in Arbeit, aber die Herausforderungen seien deutlich größer. Bezüglich der Biodiversität habe das Land dazu aufgefordert, auf die Entwicklung zu reagieren. Seine Fraktion habe deshalb 2 Stellen beantragt, obwohl das Land noch keine Kostenzusage getroffen habe. Die Aufgabe sei immens wichtig und dulde keinen Aufschub. Eine Stelle sei mehrheitlich für die Umsetzung der Ersatzgelder beschlossen worden, hierfür dankt Herr Hansen ausdrücklich. Weiter seien 2 Stellen für die Radverkehrsplanung beantragt worden, auch diese wurden abgelehnt. Dem Haushalt werde zugestimmt.

Herr Schroeder dankt Frau McGregor und ihrem Team für die Beratungen der Fraktionen bei der Haushaltsaufstellung. Der Haushalt 2023 sei von Unabwägbarkeiten geprägt. Zunächst sei ein Einbruch der finanziellen Situation erwartet worden, dies sei glücklicherweise nicht eingetreten. Der Kreis müsse beim Breitbandausbau Kurs halten, auch wenn hierfür nicht unerhebliche Investitionen notwendig seien. Viele freiwillige Aufgaben wie Beratungsleistungen oder die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung werden beibehalten. Für die Bearbeitung seien Personalressourcen notwendig. Seine Fraktion werde deshalb sowohl den Poolstellen, als auch allen anderen beantragten Stellen zustimmen. Es müsse an Personaleinsparungen durch interkommunale Zusammenarbeit gearbeitet werden. Die FDP-Fraktion werde dem Haushalt zustimmen. Insgesamt sollten Anträge nicht kleinteilig in Verwaltungshandeln eingreifen.

Herr Schuchardt stellt dar, dass der Kreis vor großen Herausforderungen mit hoher Neuverschuldung durch verschiedene Bauprojekte stehe. Eine solide Finanzplanung sei unerlässlich und aufgrund steigender Baupreise und Zinsen sei Haushaltsdisziplin gefragt. Einen defizitären Haushalt lehnen die Freien Wähler grundsätzlich ab. Für 2023 sei ein moderater Überschuss geplant. Die Verwaltung werde durch die Bereitstellung von Personal und Sachmitteln unterstützt. Alle beantragten Stellen seien nachvollziehbar begründet worden. Die Poolstellen seien der richtige Weg, um schnell reagieren zu können. 5 zusätzliche Stellen in der Ausländerbehörde seien dringend erforderlich, um den Ansturm abarbeiten zu können. Stellenforderungen von Seiten der Politik seien dagegen kritisch zu sehen, weil die fachliche Expertise fehle, in welcher Höhe zusätzliches Personal erforderlich werde. Deshalb werden die Anträge von Bündnis 90/Die Grünen für die Biodiversität und Radwegeplanung abgelehnt. Dem Haushalt werde die Fraktion zustimmen.

Herr Flak dankt der Verwaltung für die Aufstellung des Haushalts und Frau McGregor für die professionelle Zusammenarbeit und die Begleitung in den Fachausschüssen. Das positive Haushaltsergebnis sei sehr erfreulich. Sorgen würden ihm die geplanten Kreditaufnahmen in Höhe von 38 Mio. € machen. Durch die Zinswende würden auch die Kreditaufwendungen deutlich steigen. Dennoch seien die Investitionen notwendig. In Bezug auf den Bevölkerungsschutz seien noch keine Mittel für die Auswirkungen eines möglichen Black-outs enthalten. Die derzeitige Energiekrise sei zum einen auf den Krieg in der Ukraine und die ausbleibenden Gaslieferungen zurückzuführen und zum anderen auf die Energiepolitik der letzten 20 Jahre. Hier wurde einseitig auf erneuerbare Energien gesetzt. Durch die Abschaltung der Kern-

kraftwerke habe Deutschland aktuell den höchsten Co2 Ausstoß in Westeuropa. Noch dazu seien die Preise extrem gestiegen. Die Ausführungen zu den Poolstellen seien nicht überzeugend gewesen, weil Personal häufig gar nicht so schnell zu bekommen sei. Besser sei es, mit Abordnungen zu arbeiten, auch wenn diese Lücken in der Bearbeitung der eigentlichen Aufgaben entstehen lassen. Weiter sollen von den 5 Stellen in der Ausländerbehörde 4,5 Stellen u. a. für die Einbürgerungen vorgesehen und nur 0,5 Stellen für das Rückkehrmanagement. Die Gewichtung sei nicht korrekt und Einbürgerungen hätten keine Priorität. Die Stelle der Biodiversität werde ebenfalls abgelehnt. Die Stellenbedarfe im Fachbereich IV werden hingegen gesehen. Aus den genannten Gründen werde der Stellenplan abgelehnt und bei der Abstimmung zum Haushalt werde die AfD-Fraktion sich enthalten.

Herr Weihe kündigt an, dass dem Haushalt zugestimmt werde. Die Stellenplananträge seien plausibel begründet und es sei kein Stellenplandeckel vorgesehen. Dies sehe er als Wertschätzung für die Mitarbeiter*innen. Aufgrund der vielen Ausgaben, deren tatsächliche Höhe noch unbekannt sei, werde es 2023 vermutlich einen Nachtragshaushalt geben.

Herr Hamer dankt allen Mitarbeiter*innen der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Die Attraktivität als Arbeitgeber müsse weiter gesteigert werden. Die harten Faktoren wie die Besoldung seien dabei feststehend. An den weichen Faktoren wie einer Kantine oder ausreichend Parkplätzen könne geschraubt werden. Die geplanten Investitionen seien erforderlich und das Geld sei keineswegs weg, denn man schaffe bleibende Werte. Dem Haushalt werde zugestimmt.

zu 38.1 Stellenplan für den Haushalt 2023 inkl. Stellenmehrbedarf 2023 Vorlage: DrS/2022/270

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt den Stellenplan 2023 inklusive der in der **Anlage 2** angefügten tabellarischen Übersicht enthaltenen Stellenmehrbedarfe 2023. Darüber hinaus wird die aktuelle Veränderungsliste für das Haushaltsjahr 2023 als Teil B des Stellenplans beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche Personaleinzel- und Personalentwicklungsmaßnahmen im Rahmen des vom Kreistag zur Verfügung gestellten Personalkostenansatzes in Höhe von 69.134.300 € ohne die Berücksichtigung eines Personalkostendeckels zuzüglich der aus der Änderungsliste zum Stellenplanentwurf entstehenden Personalkosten (vgl. Teil C der **Anlage 2**) umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	17		1	18
SPD	12			12
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD		5		5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	49	5	1	55

zu 38.2 Ergebnis- und Finanzplan

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Dem Ergebnis- und Finanzplan 2023 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	17		1	18
SPD	12			12
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD			5	5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	49		6	55

zu 38.3 Haushaltssatzung 2023

Es erfolgt keine Aussprache. Der Kreispräsident verliert die Zahlen der Haushaltssatzung.

Beschluss:

HAUSHALTSSATZUNG DES KREISES SEGEBERG FÜR DAS HAUSHALTSSJAHR 2023

Aufgrund des § 57 der Kreisordnung in Verbindung mit den § 77 der Gemeindeordnung wird nach Beschluss des Kreistages vom 01. Dezember 2022 und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr **2023** wird

1 im **Ergebnisplan** mit

·		
	einem Gesamtbetrag der Erträge ¹ auf	516.331.900 EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen ¹ auf	511.174.600 EUR
	einem Jahresüberschuss von	5.157.300 EUR
	einem Jahresfehlbetrag von	0 EUR

und

2 im **Finanzplan** mit

·		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen auslaufender Verwaltungstätigkeit auf	508.870.500 EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen auslaufender Verwaltungstätigkeit auf	492.227.900 EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	47.753.700 EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	64.396.300 EUR

festgesetzt.

¹ Ohne interne Leistungsbeziehungen

§ 2

Es werden festgesetzt:

- 1 der **Gesamtbetrag der Kredite**
 - . für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf 38.043.000 EUR

- 2 der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen** auf 119.120.400 EUR

- 3 der **Höchstbetrag der Kassenkredite** auf 35.000.000 EUR

- 4 die **Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen** auf 838,37 Stellen

§ 3

- 1 Der Umlagesatz für die **Kreisumlage** wird festgesetzt auf **29,75** v. H.

§ 4

Deckungsfähigkeiten nach § 22 und Zweckbindungen nach § 21 GemHVO-Doppik ergeben sich aus der Übersicht über die nach § 20 GemHVO-Doppik gebildeten Budgets.

§ 5

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, für deren Leistung oder Eingehung der Landrat seine Zustimmung nach § 82 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 30.000,00 EUR.

Bad Segeberg, 01.12.2022

Jan Peter Schröder
(Landrat)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	17		1	18
SPD	12			12
B 90/ Die Grünen	9			9
FDP	4			4
AfD			5	5
Die LINKE	3			3
Freie Wähler	2			2
WI-SE	2			2
Gesamt	49		6	55

zu 42 Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse

Der Kreispräsident gibt den nichtöffentlichen Beschluss bekannt:

TOP 41 WKS Geschäftsführung

Der Geschäftsführer der WKS GmbH wird mit Wirkung zum 03.12.2022 als Geschäftsführer abgerufen und das Dienstverhältnis fristgemäß zum Ablauf des 30.06.2023 gekündigt.

zu 39 Aktuelle Fragezeit

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 40 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Der Kreispräsident schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Claus Peter Dieck
(Kreispräsident)

f.d.R. Frau Krüger
(Protokollführung)